

Positionspapier

FÜR EINE MODERNE UND ZEITGEMÄßE FAMILIENPOLITIK

„Familie 2017“ ist bunt – und weiterhin wichtig

Familien im Jahr 2017 sind bunt und werden in Rheinland-Pfalz in vielfältiger Art und Weise gelebt: klassisch in der Konstellation Vater-Mutter-Kind, mit zwei Müttern oder zwei Vätern und Kind oder Kindern. Ein buntes Bild herrscht vor: Partner sind verheiratet oder leben in nichtehelicher Lebensgemeinschaft. Vater oder Mutter sind alleinerziehend, Eltern sind getrennterziehend oder leben als Patchwork-Familie. Mütter und Väter leben mit einem Kind (in 2016 rund 21 Prozent der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz), mit zwei (21 Prozent), drei oder mehr Kindern (rund 8,4 Prozent). Insgesamt rund 600.000 „Eltern-Kind-Gemeinschaften“ gibt es in Rheinland-Pfalz – uns als SPD-Landtagsfraktion sind sie jeweils gleich viel wert.

Familie steht bei der Frage nach dem wichtigsten Lebensbereich bei den Menschen an erster Stelle. Sie ist in der Regel der Ort, an dem Kraft getankt wird, Werte vermittelt werden und zwischen den Generationen Verantwortung füreinander übernommen wird. Für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land sind stabile Familien wesentlich. Ein gutes Aufwachsen für alle Kinder zu sichern und alle Familien – unabhängig vom Geldbeutel oder Wohnort – bestmöglich zu unterstützen, bleibt ein zentrales Anliegen der SPD-Landtagsfraktion. Ansporn dafür ist, dass die Geburtenzahl in Rheinland-Pfalz seit 2011 kontinuierlich angestiegen ist – auf den Wert von 1,51 Kinder pro Frau.

Familienpolitik muss mit gesellschaftlicher Entwicklung Schritt halten

Moderne Familienpolitik und die Förderung von Familien müssen sich heute an der Vielfalt familiärer Lebensformen, veränderter Rollenvorstellungen und unterschiedlicher Lebenswirklichkeiten von Familien orientieren und diesen Teilhabe am sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben ermöglichen. Weitere Herausforderungen der Familienpolitik sind der demografische Wandel, in Folge dessen immer mehr Familien vor der Aufgabe stehen,

Angehörige pflegen zu müssen. Des Weiteren sind es die gestiegenen Anforderungen an Mobilität und Zeitflexibilität von Familien.

Die Antwort auf die Große Anfrage „Familien in Rheinland-Pfalz“ der SPD-Landtagsfraktion zeigt: Familienpolitik ist in Rheinland-Pfalz Querschnittsaufgabe aller Ressorts, und es gibt ein breites Angebot an familienunterstützender Beratung, Hilfen und Strukturen.

Dabei hat die Landesregierung ein besonderes Augenmerk auf Familien in besonderen Lebenssituationen wie alleinerziehende Familien, Mehrkindfamilien, Familien in prekären Lebenslagen und Familien mit Migrationshintergrund.

Die SPD-Landtagsfraktion möchte die umfangreichen Bildungs- Beratungs- und Unterstützungsangebote erhalten und – wo nötig – bedarfsgerecht ausbauen. Wir möchten überprüfen, wie die Vielfalt an Angeboten vor allem durch die digitalen Möglichkeiten noch präsenter gemacht und zusammengeführt werden können. Wir möchten eine Vernetzung mit nützlichen Informations-Portalen des Bundes wie dem „Infotool Familie“ anregen und Bürokratie für Familien abbauen. **Hierzu haben wir für die Sitzung des Landtags in dieser Woche auch eine Mündliche Anfrage gestellt.**

Unser Ziel ist es, durch eine moderne, passgenaue und vorausschauende Familienpolitik den Familien in Rheinland-Pfalz zu ermöglichen so zu leben, wie sie es sich vorstellen. Wir wollen so langfristig Hilfen zur Erziehung für Familien in schwierigen Lebenslagen verringern.

Bundespolitische Initiativen des SPD-geführten Familienministeriums haben in den vergangenen Jahren zu vielen Verbesserungen geführt: zum neuen ElterngeldPlus, zu verbesserten Regelungen beim Mutterschutz, dem ausgeweiteten Unterhaltsvorschuss, der Familienpflegezeit und der „Ehe für Alle“. Von diesen Verbesserungen profitieren auch die rheinland-pfälzischen Familien.

Weiterhin wünschenswert wäre aus unserer Sicht eine Veränderung des Ehegattensplittings: Eine zeitgemäße familiäre Förderung sollte sich nach Ansicht der SPD-Landtagsfraktion am Kind und nicht am Familienstand ausrichten. Wir unterstützen daher die Forderung, das Ehegattensplitting zukünftig zu einem Familientarif mit Kinderbonus auszubauen. Jedes Elternteil soll 150 Euro pro Kind und Jahr von der Steuerlast abziehen können. Davon würden verheiratete und unverheiratete Eltern mit Kindern wie auch Alleinerziehende profitieren – insbesondere Familien mit kleinem und mittlerem Einkommen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter ermöglichen

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für viele Familien weiterhin eine große Herausforderung. Sie bleibt ein sehr wichtiges familienpolitisches Thema, insbesondere vor dem Hintergrund veränderter Rollenbilder. Von den Eltern mit kleinen Kindern möchte heute eine Mehrheit von 60 Prozent eine partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit. Familien geht es heutzutage um eine ausgewogene Vereinbarkeit und eine gute Balance zwischen Beruf und Privatleben.

Befragungen von Kindern, deren Eltern beide gleichermaßen arbeiten, zeigen, dass Kinder es gut finden, im Alltag ähnlich viel Zeit mit beiden Eltern zu haben. Das macht Familien stark, sie fühlen sich besser verbunden.

Wie der Großen Anfrage „Familien in Rheinland-Pfalz“ zu entnehmen ist, sind wir in Rheinland-Pfalz von einer partnerschaftlichen Arbeitsteilung noch weit entfernt: So waren im Jahr 2016 81,6 Prozent der erwerbstätigen Männer in Vollzeit beschäftigt, jedoch nur 40,9 Prozent der erwerbstätigen Frauen. Es hatten hingegen nur 8,1 Prozent der Männer, aber 39,5 Prozent der Frauen eine Teilzeitstelle inne. In Minijobs arbeiteten 20,4 Prozent der Frauen, aber nur 10,6 Prozent der Männer. Ein zentrales Ziel familienpolitischer Maßnahmen muss also weiter sein, die Erwerbstätigkeit von Müttern zu erhöhen und gleichzeitig Männer in der Übernahme ihrer Väterrolle zu unterstützen.

Anhand dieser Zahlen wird deutlich, wie wichtig das Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeitarbeit nach einer familienbedingten Reduzierung der Arbeitszeit insbesondere für Frauen ist. Auf Bundesebene war dies jedoch nicht mit der CDU umzusetzen.

Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt den Vorschlag einer Familienarbeitszeit der früheren SPD-Familienministerin Manuela Schwesig: Danach reduzieren beide Elternteile ihre volle Arbeitszeit auf eine vollzeitnahe Stundenzahl und erhalten 24 Monate lang 150 Euro pro Person. Auch die Unterstützung für pflegende Angehörige könnte so vereinfacht werden.

Chancengleichheit durch ein gutes Bildungs- und Betreuungsangebot

Für eine gelungene Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind die vorhandenen Betreuungsangebote von entscheidender Bedeutung. Gute Kinderbetreuung ist zudem auch eine der wichtigsten Maßnahmen gegen Kinderarmut: Dadurch wird das Armutsrisiko bei Paarfamilien um 12 Prozent gesenkt und bei Alleinerziehenden sogar um 19 Prozent. Gute Kinderbetreuungs-Angebote sind besonders wichtig für die Erwerbstätigkeit der Mütter:

100.000 Mütter mit Kindern zwischen einem und drei Jahren könnten in Deutschland ohne Betreuung nicht arbeiten gehen. Und: Wenn beide Elternteile arbeiten, ist das Armutsrisiko sehr gering.

Die Entwicklung der vergangenen Jahre belegt einen steigenden Bedarf in der Ganztagsbetreuung. Die Große Anfrage der SPD-Landtagsfraktion zur Situation der Familien in Rheinland-Pfalz zeigt: In diesem Bereich ist Rheinland-Pfalz schon sehr weit. Die wesentlichen Säulen der Verbesserung sind gebührenfreie Kindertagesstätten, eine Verdopplung der Ganztagsplätze in den Kitas auf knapp 84.000 seit dem Jahr 2009, ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen (über $\frac{3}{4}$ der allgemeinbildenden Schulen) und die Erhöhung der Förderung der Ferienbetreuung (von 300.000 Euro auf 750.000 Euro in 2017 und 1 Mio. Euro in 2018).

Im Rahmen der anstehenden Novellierung des rheinland-pfälzischen Kindertagesstättengesetzes wird sich die SPD-Landtagsfraktion u.a. für einen weiteren bedarfsgerechten Ausbau der Ganztagsplätze und der Kita-Öffnungszeiten einsetzen.

In diesem Zusammenhang unterstützt die SPD-Landtagsfraktion die Forderung im Bund nach einem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Kindergarten und im Grundschulalter. Hier besteht Handlungsbedarf: Drei von vier Eltern von Kindern in diesem Alter fordern, dass sich die Familienpolitik für den Ausbau in diesem Bereich einsetzt.

In einem gemeinsamen Antrag mit unseren Koalitionspartnern werden wir in der kommenden Plenarsitzung des rheinland-pfälzischen Landtags zudem die Aufhebung des Kooperationsverbots, das eine finanzielle Beteiligung des Bundes im Bildungsbereich bisher verbietet, fordern. Wir sind der Meinung, dass frühe Förderung und ein qualitativ gutes Angebot an Betreuungsplätzen eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen sein müssen.

Partnerschaftliche Betreuung auch nach der Trennung erleichtern - Alleinerziehende besonders unterstützen

Immer mehr Eltern kümmern sich heute gemeinsam um ihre Kinder. Das führt auch zu anderen Situationen nach Trennungen. Kommt es zur Trennung, muss jede Familie ihren Weg finden. Es gibt nicht den einen Königsweg – auch Trennungsfamilien sind vielfältig. Unterschieden wird zwischen Alleinerziehenden, wenn die Kinder im Wesentlichen bei einem Elternteil leben, und getrennt Erziehenden, wenn die Eltern sich die Betreuung der Kinder gemeinschaftlich teilen.

Für uns als SPD-Landtagsfraktion ist klar: Umgangs- und Sorgerecht nach Trennung bzw. Scheidung der Eltern müssen so organisiert werden, dass sie sich am Kindeswohl orientieren. Wenn auch nach der Trennung eine partnerschaftliche Elternschaft gelingt, kann das ein großer Gewinn für alle Beteiligten, Eltern wie Kinder, sein. 51 Prozent der Trennungseltern wünschen sich auch eine hälftige Betreuung und Erziehung ihrer Kinder – aber nur 15 Prozent tun dies bereits.

Vor diesem Hintergrund wird auf Bundesebene seit Jahren intensiv eine Abkehr vom Leitbild des Residenzmodells (ein Elternteil betreut das Kind, während der andere den Barunterhalt leistet) hin zu einem Wechselmodell (einer Aufteilung der Betreuungsleistung zu gleichen Teilen) diskutiert. Als SPD-Landtagsfraktion erachten wir eine solche Weiterentwicklung für sinnvoll.

Die SPD-Landtagsfraktion möchte dieses Thema im speziellen und die Situation von Trennungsfamilien im allgemeinen weiter im Blick behalten und mit den Familienverbänden darüber ins Gespräch kommen sowie ausreichende Unterstützungsangebote für Alleinerziehende sicher stellen.

Wohnsituation von Familien verbessern

Die Wohnsituation von Familien stetig zu verbessern, ist der SPD-Landtagsfraktion ein besonderes Anliegen. Wir begrüßen daher, dass das Land neben der Zahlung von Wohngeld, Ende 2015 das Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen in Rheinland-Pfalz gegründet hat. Zum 1. Januar 2017 wurde die soziale Wohnraumförderung noch attraktiver gestaltet.

In dem Ende 2015 gegründeten Bündnis arbeitet das Land mit 20 Institutionen zusammen.

Schwerpunkt der Förderung ist die soziale Mietwohnraumförderung, mit der bezahlbare Wohnungen, insbesondere auch für Familien mit Kindern, geschaffen werden.

Daneben ist die Förderung der Bildung von Wohneigentum von Bedeutung, gerade auch für junge Familien. Im Rahmen der Wohneigentumsförderung bietet die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz, abgesichert durch Bürgschaften des Landes, nachrangige Darlehen zu erstrangigen Konditionen an. Damit wird Haushalten mit mittleren und kleineren Einkommen in Ergänzung zur Finanzierung durch Kreditinstitute der Bau oder der Ankauf von Wohneigentum ermöglicht. Zusätzlich steigen die für die Inanspruchnahme der Förderung von den Haushalten einzuhaltenden Einkommensgrenzen mit jedem Kind deutlich an, so dass Familien mit Kindern in besonderem Maße profitieren.

Am 8. September 2017 sind im Rahmen einer Sitzung des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen Rheinland-Pfalz weitere Verbesserungen bei der sozialen Wohnraumförderung des Landes im Bereich der Förderung von selbst genutztem Wohneigentum vorgestellt worden. **Dies wird die SPD-Landtagsfraktion zum Thema der Fragestunde in der Plenarsitzung am Donnerstag machen.**

Gespannt verfolgen wir in diesem Zusammenhang den Vorschlag der SPD im Bund, den Erwerb von Wohneigentum für Familien mit niedrigem und mittlerem Einkommen durch ein Familienbaugeld zu erleichtern.